

Bezugspreis
In der Hauptstadt oder deren Umgebungen beträgt der vierteljährliche Preis 4 Mark, halbjährlich 7 Mark, jährlich 12 Mark. ...
Redaktion: Johannstraße 8.
Spezialredaktion: 5-6 Uhr Nachm.
Verlag: Johannstraße 8.
Druck: 222.
Abonnenten: 11.100.
Verleger: Alfred Debes, Buchhändler, Universitätsstr. 5 (Leipzig, Nr. 4046) & 24/26, Rathhausmarkt 14 (Leipzig, Nr. 2985) u. Leipzig-Platz 7 (Leipzig, Nr. 7605).
Haupt-Abnahme-Stationen: Leipzig: Hauptstr. 54 (Leipzig, Nr. 111) Nr. 1713.
Haupt-Abnahme-Stationen: Berlin: Carl-Neubauer, Charlottenburger-Str. 10 (Berlin, Nr. 4603).

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlich Land- und des Königlich Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigenpreis
Die gespaltene Zeile 25 Pf.
Kleinanzeigen unter dem Rubrikationszeichen (4 Spalten) 75 Pf., nach dem Rubrikationszeichen (3 Spalten) 50 Pf.
Tafelanzeigen und Illustrationen entsprechend höher. — Gebühren für Nachrechnungen und Offertenannahme 25 Pf.
Gebrauchsanzeigen (geliefert, nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Veröffentlichung 4 Mark, mit Veröffentlichung 4 70.—.
Annoncenpreis für Anzeigen:
Morgen-Ausgabe: donnerstags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist nachmittags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von A. Debes in Leipzig (Geb. Dr. R. & R. Kitzschardt).

Nr. 347.

Sonntag den 10. Juli 1904.

98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Das Erste Deutsche Geschwader ist gestern früh vor Dover eingetroffen. Es wechselte Salutschüsse mit der Festung.
Die Nomination des Präsidentschaftskandidaten Garber durch die demokratische Konvention erfolgte gestern in St. Louis scheinlich einstimmig. (Siehe Ausland.)
Der Dampfer „Smolensk“ der russischen Freiwilligen Flotte ist mit 228 Mann Besatzung in Port Said eingetroffen. Der Dampfer nahm Kohlen sogar in Säcken auf Deck.

Wochenschau.

Die Zeit der sommerlichen Stille nach den großen sportlichen Monatsmeetings, nach Hamburg und Kiel, denen man beinahe den goldenen Rahmen hochpolitischer Wichtigkeit verliehen hätte, ist eingetreten: die Kaiserjacht hat Kopenhagen bereits passiert und den Salut der dänischen Strandbatterien entgegengenommen; immerhin trotz aller höflichen Konvention ein Beweis für die völlig geänderte Konstellation seit dem Tode der Kaiserin. Der dänische Kronprinz in Berlin, der Kaiser in Kopenhagen — zu Beiden der Schwiegermutter Europas zwei Unmöglichkeit. Vor großen politischen Uebertragungen sind wir aufeinander geschickt — die Karthäuserangefessenheit, welche Gombes mit seiner Plüsch an die Öffentlichkeit nach berühmten Mustern zu einer vielversprechenden Aktion aufzubringen versucht, ist im Sande verlaufen, wie ein Wasserstein aus den Wildbächen im heißen Sande. Der Hochsommer hört Land und Meer aus und der Radfahrerklub von Beruf beginnt bereits, seiner Phantasie die Fäden zu lockern: König Alfonso soll an unseren Kaiser ein Hand schreiben betreffs Marokkos gerichtet, aber einen sehr abnehmenden Beifall erhalten haben. Die „Agence Havas“ und der New Yorker „Herald“, unsere alten lieben Bekannten, werden den Stoff schon aufbereiten!
Doch die sommerliche Hitze hat das heiße Blut der Redakten zum Sieben gebracht, in Furchen, der unartigen deutschen Hitze an der Heerstraße nach Westfalen, das der Uebermut und Unverschämtheit schwarzglöckiger und gläubiger Hämmerungen heute als „Envoies“ in Anspruch nimmt, nachdem Triest und Trieste selbstverständlich vor Welt längst zu Italien gehören, ist die Zeit der Kränze wieder angebrochen. Als die österreichischen Unterhändler in Rom weilten, um die Vorbedingungen für die Handelsverträge zu führen, hatten sie bereits Gelegenheit, den Laft und Patriotismus der Römer von heute zu bewundern, die allen Erstes sich in die Idee verannt haben, wirklich in der Welt eine große, eine maßgebende Rolle zu haben. Alles Gleich nationaler und wirtschaftlicher Natur aus den seligen Zeiten des Römischen Reiches, das unter verschiedenen Potentaten, die man Duca und Granduca hieß, ist angebrochen mit dem Einmarsch durch die Porta Via ins Meer der Vergangenheit verbannt. Italia, il bello paese, steht angebrochen ist geistig im Innern, in moderner Kleidung mit schwarzem Schminke und gefülltem Stöckel da, bereit, ihr gebietendes Wort im Rate der Völker zu sprechen, und Deutschland sowohl als Österreich, das verrottete Österreich voller Sader und Rot, sollen froh sein, wenn Italien seine Treibendverpflichtung noch hält, wenn es den alten Wechsel auf Sicht immer wieder indossiert — denn nach dem Zuge des Herzogs gehört es an die Seite der Schweiz, Frankreich. Das ist — man muß das offen sagen — die Stimmung des italienischen Durchschnitte, und diese Stimmung hat sich den Durchbruch bis zu den höchsten Stellen zu sichern gesucht. Die Leute vom Schloß der Brinetti, die ganze Demokratie Italiens — sie sind französischfreundlich bis auf die Knochen, und selbst dem König Vittorio Emanuele ist dieses Gefühl nicht so fremd, als man nach seiner Berliner Reise annehmen möchte. Der Gang nach Paris ist ihm entschieden leidlicher geworden. Leider muß die leidige Rücksicht auf Handel und Wandel noch immer dieses Herzensgefühl zurückdrängen: Herr Giolitti weiß sehr wohl, daß Italien keinen wirtschaftlichen Aufschwung lediglich dem Rückhalt zu verdanken hat, den es im Dreieck aus kommerziell besitzt. Ein Bruch mit Deutschland und Österreich — und Italien würde hilflos im Schicksal Frankreichs treiben, und von der französischen Liebe in Handelsfragen hat Italien doch recht reichliche und hübsche Proben in den Jahren zu kosten bekommen, ehe sein Königspaar in irragelichter Freundschaft an die Seine fuhr. Daß die italienischen Schreier an Österreich Boden bei uns lediglich Gefühle erwecken müssen, die nicht zum Vorteile anderer Mächten jenseits der Alpen gereichen, könnte sich die Redakten sagen. Sozial ist sicher — Triest in italienische Hände geraten zu lassen, wird kein deutscher Staatsmann bilden können, geschweige denn wird ein österreichischer Diplomat hier nachgeben dürfen. Dabei vergißt Italien seine völlige Impotenz auf

dem Felde der Auslandspolitik. Einige verlorene südamerikanische Operettenregierungen unter erheblichem Aufwande an Schiffschiffen und Demonstrationen um einige Millionen zu erleichtern, ist just keine heroische Argonautentat. In Afrika ist der Korbeer schnell verborst in Westafrikanischer Glut und in China hat man noch immer trotz rechtlicher Rühre die grün-weiß-rote Flagge nicht zu hissen vermocht. In der Handelspolitik aber kann jeden Tag eine solche totale Katastrophe, ein Kuba für die Weinproduzenten und Seidenspinner, eintreten und die Gefahr von heute würden ein sehr lässliches Gesicht machen, wenn das große Defizit im Staatsbüchel wiederkehrte, weil man es für gut und weise hielt, sich mit zwei sehr guten Kunden im Exportgeschäft zu verbinden. Eine Aktion in diesem Sinne würde die Hege der Redakten schnell berechnen lassen.
Handelsverträge, diese rein geschäftlichen Transaktionen, sind eben heute die genauesten und wichtigsten Notizen für die gesamte Politik der Völker, und selbst Russland, das so turmhoch, so erhaben über der ganzen europäischen Welt steht — weil man dem Prospekt wenigstens glauben, die jeder Anleihe vorausgehen — hat kein gutes Herz gegen und entdeckt und leidet in diesen Tagen keinen Geringeren als Herrn Witte, den vielgewandten Finanzminister, der so manches Potentatkind gebaut, — weil, brauchen in Ostasien, wo die Millionen und Abermillionen in der Tundra verlaufen, ehe der Schienenweg und die neuen Städte blühender Erze ihre glänzenden Monumentalbauten in der Sonne prähen und prunken ließen. Eine Entscheidung auf dem asiatischen Kriegsschauplatz steht natürlich nach wie vor aus und ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Gerüchte von belanglosen Wankeln, der Verlust eines japanischen Kreuzers sind kaum wichtig genug, sie in der Chronik der Woche zu verzeichnen.
Wie sehr die gesamte Politik in der Welt in dem Zeichen der Handelsverträge, der Zolltarife steht, beweist das Wahlprogramm, das nach dem Konvent der Republikaner zu Chicago nun von den Demokraten in Saint Louis, der Stadt über deren Anstellung die Ängste der Westeiner bereits seine Schwärmer breiten leben, aufgestellt ist. Freilich — es ist kaum mehr als ein akademisches Schriftstück, aus Rot und Opposition geboren, das natürlich den Freihandlern Konzeptionen macht. Man weiß in Chicago die Trutz- und Schutzpolitik vor terra hospitalis gemacht wurde. Ausländern, den ehemaligen Kaufmann Roosevelt aus dem Sattel zu heben, ihn, der den gesamten Imperialismus der Vereinigten Staaten so geschickt verkörpert, der im Vergleich zu manchem Boten und Gesandten sogar etwas Juppierendes hat, haben die Demokraten und Silberleute wenig Aussicht — aber die Wahlkampagne wird darum mit Prausen und Hissen, Rattern und Gauden der gesamten Wählerwelt von New York und New Orleans an bis zum entlegensten County einfallen und dafür sorgen, daß kein guter Bürger zur Ruhe kommt, bis der letzte Zettel in die Urne gewandert. Man zählt doch keine Steuern nicht umsonst, man kann seine Sensation verlangen! Uns würde Roosevelt als Präsident allerdings auch ferner eine kompromittierte politische Person sein, obwohl ein Wechsel der Person nichts bedeuten würde für das System, das heute in den Vereinigten Staaten allmächtig ist, und dieses System heißt Schutz und Trutz — zwei Dinge, die nur aus Kosten außer internationaler Handelsbeziehungen gedeihen können. Die Nomination in Chicago mit ihrem sozialökonomischen Programm, dem Einkommen Roosevelt, der in der Securities-Angleichheit eigene Wege gehen zu wollen schien, sollte gerade aus zu denken geben, die wir mit so vieler Liebe und Treue um Amerikas Guld werden. Nach einem Ja sieht die Chicagoer Nomination trotz ihm nicht aus.
Aber Geduld ist ein feines Krautlein, und wir können es recht oft gebrauchen — nicht zuletzt in Südwestafrika, wo, nach den letzten Forderungen des Generalissimus von Trotha, es noch gute, sehr gute Weite zu haben scheint, ehe der letzte Heere die letzte Platte ausgeliefert hat. Auch in Peru, in des Waldes tiefsten Gründen am Acra, wo der Kaufmann in Mühe und Hülfe wohnt und daher die Begehrtheit nordamerikanischer Souditate, sowie die von ihnen geleiteten Regierungen nicht zur Ruhe kommen läßt, freilich es wieder trotz Protocol und Friedenskonferenzen, und Brasilien scheint wieder tief in den Sattel zu fallen, denn dort ist bei der Geschäftsfunde der Herren Williams der Arlen ein ganz besonders teures Bergnügen — aber auf ein paar Millionen kommt es auf einem Kontinente, wo alles einen Schwanz ins Genieue nimmt, nicht an! Man neht nach London zu Rothschild und spricht: Schreibe flugs! und treibt weiter moderne Politik, wie alle die Völker auf dem Erdrund — auf daß jede Woche ihre eigene Plage habe.

Der Aufstand der Herero.

Oberleutnant Hans Tschow und Leutnant v. Wurmb.

Der Oberleutnant der kaiserlichen Schütztruppe in Deutsch-Südwestafrika und Adjutant des Gouverneurs Oberst Leutnant Hans Tschow, der Verteidiger von Windhof, ist am 6. Juli zu Windhof an den Folgen schwerer, durch einen Unglücksfall erlittener Verletzungen gestorben. Hans Tschow war ein Sohn des Senatorspräsidenten des Oberverwaltungsgerichts. Für Tapferkeit war er bereits vom Kaiser und vom babilischen Großherzog mit Orden ausgezeichnet worden. Einen weiteren Verlust meldet Hauptmann a. D. Dannhauer aus Okahandja. Leutnant von Wurmb, ein Jugendfreund des Kronprinzen, ist am 2. Juli gestorben. Der Kronprinz hatte sich öfter nach dem Befinden v. Wurmb erkundigt; jetzt hat er telegraphisch die Todesnachricht erhalten und den Eltern seine innige Teilnahme übermittelt. Leutnant v. Wurmb war der älteste Sohn des Staatsministers von Sachsen-Weimar.

Der russisch-japanische Krieg.

Eine Niederlage des General Kellers.

Londoner Morgenblätter vom Sonnabend veröffentlichten eine Drahtung aus Peking, der zufolge ein heftiges Treffen bei Tsingtau stattgefunden hat. General Keller hatte mit 4000 Mann eine stark besetzte Stellung inne, deren Verteidigung 3 Japaner bildeten. Er wurde um Mitternacht von den Japanern angegriffen, worauf sich ein blutiger Kampf entspann. Die Russen schiedten schließlich in Ueberzahl und ließen 350 Tote auf dem Schlachtfeld zurück.
Die Stellung liegt ungeschützt, da die russische Besatzung nicht durchgehenden hohen wurde.

Meldung General Schilinski an den Kriegsminister.

Die General Schilinski dem Kriegsminister unter dem 7. Juli meldete, berüchtigt, Nachrichten aus Port Arthur zufolge, vier japanische Torpedoboote am 2. Juli um 9 Uhr abends in den Hafen einzudringen. Das eine von ihnen kam unter dem Feuer einer Batterie beim Goldenen Berge, das zweite vor der Batterie, das dritte Torpedoboot vor der Schornstein und das vierte entkam unversehrt. Die Stimmung der Garnison ist vortrefflich. Täglich finden 50 japanische Bombardier anlangend. In Port Arthur sind reichliche Vorräte vorhanden. Das Torpedoboot Leutnant Vafarov ist nach Port Arthur zurückgekehrt. Wie die General meldet, überfiel am Abend des 4. Juli 3 Hunderten eine Streitmacht bei der Station Sipingai, 120 Meilen nördlich von Tsingtau, und beschossen einen Militärzug. Der Angriff wurde zurückgeschlagen. Die Russen hatten keine Verluste. Am 5. Juli wurde nördlich von der Station Mandschuan, 50 Meilen von Sipingai, ein Signalfeuer bemerkt. Eine in der Richtung dorthin ausgesandte Streitmacht entdeckte eine Glandulombande von 15 Mann und zerstörte sie. Ein Schandulomb wurde getötet.

Vor Port Arthur.

Ein Tschiurer Drahtung des „Daily Express“ vom 5. Juli besagt: Die japanische Armee unter Ota ist nunmehr noch fünf englische Meilen von Port Arthur entfernt. Heftige Kämpfe sind im Gange und die Japaner haben bereits zwei wichtige Außenposten eingenommen, halten auch mehrere Kanonen besetzt, auf deren Befestigungsgelände aufgestellt worden sind. Alles ist bereit für den letzten Sturmangriff, der jeden Augenblick erfolgen kann. Tokyo flüchtet sich beharrlich und hatte ganz neuerdings ein Treffen mit dem russischen Port Arthur-Geschwader.

Kuroki über die Absichten Japans.

Der Petersburger Korrespondent des „B.Z.“ meldet: Einem aus japanischer Gefangenschaft entkommenen russischen Offizier sagte, von Petersburger Blättern melden, General Kuroki: Die Absichten Japans erstrecken sich bisher auf die Befestigung von der südlichen Mandschurei, die Einnahme von Port Arthur und Tsingtau (Hafenstadt von Mandschurei) und die Befestigung dieser Punkte. Russland solle dann versuchen, sie zurückzuerobern. Dazu wären, meint Kuroki, gewaltige Opfer an Geld und Menschen, nämlich eine neue Armee von 500 000 (?) Mann aus Russland erforderlich.

Colstoffs Aufruf.

Ein Telegramm der „Agence Havas“ aus Petersburg meldet, daß dem „Kongress“ der Straßenerwerb entzogen wurde, weil das Blatt einen Brief seines Londoner Korrespondenten veröffentlichte, in dem Graf Colstoffs anlässlich seines bekannten Auftrages über den Krieg beglückwünschte war.

Japans Kulturaufruf.

Daß Japan in der Durchführung des Krieges die Erfüllung einer der Zivilisation dienenden Mission erfüllt, geht aus einer Auslassung des Ministerspräsidenten Katsura hervor, der den etwas fernliegenden Vergleich des Japans mit dem Lande der Griechen zur Zeit der Perseerriege macht. Diese demerkswerten Auslassungen werden dem „Hamb. Anz.“ in folgender Fassung aus Paris übermittelt: Die japanische Generalität gibt in einer Note ein Gespräch des Ministerspräsidenten Katsura mit einem amerikanischen Missionar wieder. Katsura erklärt auf das nachdrücklichste, Japan vertrete im gegenwärtigen Kriege die Interessen der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit, der Zivilisation und des Handels. Die Lage Japans sei ähnlich wie diejenige Griechenlands zur Zeit der Perseerriege, als die Griechen für die Sicherheit des Landes und den Frieden Europas eintraten. Daß Japan sich seiner Pflichten als zivilisierte Nation bewußt sei, ercht daraus, daß es ein Bündnis mit China entschieden zurückwies, weil es den sonst unvermeidlichen Ausbruch des Fremdenhasses in China verhindern wollte.

Deutsches Reich.

* Berlin, 9. Juli.
Junge und Alte über den preussischen Schulantrag. Zu dem am 13. Mai d. J. im preussischen Abgeordnetenhause gestellten Antrag, der auch außerhalb der schwarz-weißen Grenzspähle berechtigtes Interesse erweckt hat, schreibt die „nationalliberale Jugend“ in ihrem Jubiläum, daß in zwei wesentlichen Punkten ihre Befürchtungen nicht eingetroffen wären. Vom Zentralvorstande der Partei hätten die Vertreter der nationalliberalen Jugend die Versicherung bekommen, daß die Vereinarbeit der Landtagsfraktion mit den beiden konservativen Fraktionen ohne irgend eine weitergehende Verpflichtung für andere Fälle getroffen sei. Die Reuegestaltung des nationalen Liberalismus, die das Ziel der Jungnationalliberalen sei, lasse sich nur dann durchführen, wenn man die Parteipolitik fallen lasse. Durch die Erklärung des Zentralvorstandes, daß die Landtagsfraktion bestrebt sei, werde, der Simultanhilfe eine grundsätzliche Gleichberechtigung zu verschaffen, sei auch der zweite Vorwurf hinsichtlich geworden. Die Landtagsfraktion müsse auf Grund dieser Erklärung Genugtuung einer Gesetzesvorlage sein, die die Konfessionsunterschiede zur Regel erhebe. Wäre diese Ansicht, welche die Jungnationalliberalen immer geteilt hätten, früher schon deutlicher hervorgehoben worden, dann wären die Angriffe unterblieben. Die Jungnationalliberalen fassen die Erklärung direkt als Korrektur an Wortlaut und Sinn des Schultrages auf, ob dieser Optimismus berechtigt ist, muß sich so zeigen. Wir fürchten freilich, daß nur ein Verleumdungsverdacht vorliegt. Zum Schluß betonen die Jungnationalliberalen, daß sie Einigkeit in der Partei haben wollen, wenn sie auch verlangen müßten, daß man ihrer Ansicht Beachtung schenke. Der ordentliche Vertreter des Reichsbundes werde sich mit den Grundlagen liberaler Schulpolitik zu beschäftigen haben und dabei zum Teile des liberalen Gedankens die Anforderungen der Jugendbewegung berücksichtigen müssen.
* Minister Uddé über die Beamtenkonsumvereine. Der preussische Eisenbahnminister hat nach der „Saale-Post“ unter dem 29. Juni an sämtliche Eisenbahnverwaltungen eine Bescheinigung gerichtet, in welcher er von neuem seine Stellungnahme zu den Konsumvereinen präzisiert. Er spricht es dabei direkt als seinen Wunsch aus, daß der Warenbezug möglichst überall durch Vermittlung des Klein- und Zwischenhandels vor sich gehe, und weil die Bediensteten der Staatseisenbahn zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile auf die Benutzung der Rabatt-Spar-Vereine hin. Die Uebernahme von Aemtern im Vorstand und Aufsichtsrat eines Konsumvereins durch Beamte der Staatseisenbahnverwaltung soll nur nach in Frage kommen können, wenn für die Schaffung bzw. das Vorhandensein der Konsumvereine ein unabwendbares Bedürfnis besteht. Solches Bedürfnis erkennt der Minister nur in drei Fällen an, erstens, wenn den Bediensteten in größerer Anzahl wegen weiter Entfernung ihrer Wohnstätten von den geschäftlichen Mittelpunkten (entlegene Stationen bei Rangierbahnhöfen, Werkstätten usw.) die Gelegenheit zum Einkauf von Lebensmitteln und sonstigen Bedürfnissen des täglichen Lebens sehr erschwert ist; zweitens, wenn an den betreffenden Orten unerschwingliche Teuerungszustände nicht nur vorübergehender Art herrschen, und drittens, wenn zu befürchten ist, daß die Bediensteten andererseits Konsumvereinen beitreten, die tatsächlich nicht auf privatrechtliche Zwecke allein gerichtet sind. In den beiden letzten Fällen aber wird gewünscht, daß vor der Entscheidung die Kommunalbehörden befragt werden und auch den zuständigen Regierungspräsidenten Gelegenheit zur Äußerung gegeben werde. — Das klingt ein wenig anders, als uns erst vor wenigen Tagen eine „offizielle“ Korrespondenz die Stellung der Berliner Central-Verände zu den Beamtenkonsumvereinen dargestellt vermachte. Danach sollte nämlich gar keine innere Berücksichtigung bestehen, um bezüglich der Beamtenkonsumvereine irgendeine einzugreifen. Nun wollen wir nicht, was jene Auslassung wirklich offizios, dann hätten wir die schönsten „Unterstützungen“ im preussischen Ministerium — oder war sie es nicht, dann hätten sich die „Berl. Pol. Anz.“ ein Wortchen umgehört, das ihre Blöße nicht reden konnte. Das letztere wäre entschieden wieder traurig zu nehmen — aber wir fürchten, es wird mit den „Unterstützungen“ schon seine Richtigkeit haben.

* Von der bundesrätlichen Geheimmittelliste. Die Verordnungen des Bundesrats über den Verkehr mit Geheimmitteln, die am 1. Januar 1904 veröffentlicht wurden, ist nach Ansicht von beteiligten Fachkreisen mangelhaft. Man behauptet, es seien beliebige Handmittel in die Liste aufgenommen worden, während schädliche, der Anpreisung dienende Mittel nicht berücksichtigt worden seien. Neue Vorschläge für die Bereinigung hätten abzuwarten nicht bestanden, da sie weder bekannt gegeben noch aus der Liste zu entfernen seien. Außerdem wird der Versuch erhoben, daß vor der Aufstellung der Liste von den Fachkreisen keine Gutachten verlangt wurden seien; man habe den Beteiligten ferner nicht die Beurteilungsgelände mitgeteilt und rechtzeitige Einwendungen dadurch unmöglich gemacht. Beschwerden seien nicht berücksichtigt worden.
* Auf die Nichtabgabe von Geldern durch den konservativen Reichstag mit Betrübnis.
* Von den deutschen Völkern überwinden noch eine reiche Freude gehabt hätte, stünde das Welt, das war an dem letzten, gelassen europäischen Welt, der bisher in einer Welt, wo so viele unerwartete Erfahrungen das europäische Welt verwirren und erstaunen, an dem Hof der Kaiserin herrscht bei und diesen nicht nur ein wenig, sondern auch unsere deutschen Familienleben, zu einer Stelle landeswärtiger Fürsorge, sondern auch zu einem Hof des glückseligsten Gesangs, zu einer Cefe in ihrer Welt gemacht hat. Man haben die letzten Sorgen auf dieses tolle Bild einen besten Blick geworfen, wenn man auch — gar über der Welt ist es nicht — so verständig